



Bezirksamt Mitte von Berlin, 13341 Berlin (Postanschrift)

Der Regierende Bürgermeister von Berlin
- Senatskanzlei -
Jüdenstr. 1
10178 Berlin

Geschäftszeichen (bitte angeben)

BzBm

Frau Remlinger

Telefon +49 30 9018-**32200**
bezirksbuergemeisterin@ba-
mitte.berlin.de

(E-Mail-Adresse gilt nicht für Dokumente mit
qualifizierter elektronischer Signatur)

Dienstgebäude: Rathaus Tiergarten
Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin

Zimmer: 248

16. September 2024

Pflege der Beziehungen zu auswärtigen Staaten und diplomatische Gespräche

Sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister, lieber Herr Wegner,

als Bezirksbürgermeisterin von Mitte möchte bei Ihnen offiziell anzeigen, dass mich die Angelegenheit der „Friedenstatue“ veranlasst Ihnen mitzuteilen, dass auf bezirklicher Ebene keine ausländischen politischen oder diplomatischen Delegationen mehr empfangen werden. Die Pflege der Beziehungen zu auswärtigen Staaten ist nach Art. 32 Grundgesetz Sache des Bundes. Das Bezirksamt wird internationale Beziehungen lediglich im Rahmen von Städtepartnerschaftsaktivitäten und Freundschaftsbesuchen pflegen.

Durch den häufigen Besuch zunächst des Botschafters von Japan ist der falsche Eindruck entstanden, das Bezirksamt würde unter dem Druck der japanischen Regierung handeln. Bedauerlicherweise haben die Äußerungen des Regierenden Bürgermeisters während und nach seiner Japan-Reise diesen Eindruck in der Öffentlichkeit weiter verstärkt.

Zuletzt hat nun auch der Gesandte der Botschaft der Republik Korea mehrfach vorgeschlagen, wie auch eine Delegation der Nationalversammlung der Republik Korea. Tatsächlich versuchen beide Seiten das bezirkliche Verwaltungshandeln politisch zu beeinflussen, indem sie

Dienstgebäude

Rathaus Tiergarten
Mathilde-Jacob-Platz 1
10551 Berlin
(barrierefrei)

Verkehrsverbindungen

Bahn: U9 Bhf. Turmstraße
Bus: 101, M27, 245, 123
(Rathaus Tiergarten),
187 (U-Turmstraße)

Website: www.berlin-mitte.de

Twitter/Instagram: @ba_mitte_berlin

Facebook: @BAMitteBerlin

YouTube: BA Mitte

nicht nur eine allgemeine Verschlechterung der auswärtigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und ihren jeweiligen Staaten in den Raum stellen, sondern auch Themen wie den Abbruch von Städtepartnerschaften, die Infragestellung von Asien-Pazifik-Konferenzen sowie eine Infragestellung der Ukrainehilfen.

Ich möchte noch einmal betonen, dass alle bisherigen Treffen von Bezirksseite unser Verwaltungshandeln nicht beeinflussen und nur aus Höflichkeit und nach Rücksprache mit der Senatskanzlei stattgefunden haben. Ich kann die Verantwortung für diese Art von Gesprächen angesichts der Tragweite der ins Feld geführten außenpolitischen Sachverhalte jedoch nicht länger tragen und bitte dringend darum, dass sich die tatsächlich zuständige Ebene dieses Falles und aller weiteren ähnlich gelagerten Fälle ab sofort annimmt.

Die bisherige Praxis, mit der Senatskanzlei lediglich „Benehmen“ herzustellen bzw. solche Treffen nur anzeigen zu müssen, bitte ich zu überdenken, da dieses Prinzip sich aus meiner Sicht als nicht belastbar erwiesen hat. Denn gerade in sensiblen außenpolitischen Themen erlaubt diese Regelung zu sehr, der Versuchung nachzugeben, diffizile diplomatischen Themen zur Lösung auf die unterste politische Ebene abzuwälzen. Die kommunale Ebene ist dafür aber weder zuständig, fachlich aufgestellt noch grundgesetzlich legitimiert.

Der Bezirk Mitte hat beim Thema Kunst im öffentlichen Straßenraum zu jeder Zeit ausschließlich auf Basis seiner geltenden Verwaltungspraxis und damit geltenden Rechtslage gehandelt. Im Bewusstsein des Bemühens des Senats um gesamtstädtische Steuerung, möchte ich im Übrigen darauf hinweisen, dass es seit 2008 keine berlineinheitliche Regelung zu Sondernutzungen im öffentlichen Raum mehr gibt. Bis 2008 galten berlinweite Ausführungsvorschriften, die von der für Stadtentwicklung zuständigen Senatsverwaltung erlassen und gepflegt wurden. Diese AV Sondernutzungen konkretisierte die behördliche Sicht auf Sondernutzungen und ihre Genehmigungspraxis. Nachdem der Senat die Geltungsdauer dieser Vorschriften nicht verlängert hat, stand es im Ermessen des jeweiligen Bezirks, wie hier verfahren werden soll. Der Bezirk Mitte hat als zentraler Bezirk Regelungen für sich selbst festgelegt, durch verwaltungsinterne Anweisungen und durch Beschlüsse des Bezirksamtes.

Ich möchte anzeigen, dass wir für eine Überprüfung der Rechtmäßigkeit unseres Verwaltungshandelns durch Verwaltungsgerichte oder ein unabhängiges Rechtsgutachten ausdrücklich offen sind. Die „Friedensstatue“ genießt im Bezirk und auch bei mir als Bezirksbürgermeisterin

sehr große Sympathie. Ich habe keinen Grund, an der Kompetenz unserer Genehmigungsbehörde sowie des Rechtsamts in irgendeiner Weise zu zweifeln, sage aber ausdrücklich: Wir korrigieren uns gerne, wenn wir uns irren.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'S. Remlinger', written in a cursive style.

Stefanie Remlinger